

**Satzung
der Stadt Freiburg i. Br.
über die Erhebung von Verwaltungsgebühren
(Verwaltungsgebührensatzung)**

vom 11. April 2006

in der Fassung der Satzungen vom 26. Juni 2007, vom 10. Februar 2009,
vom 1. Dezember 2009, vom 26. Oktober 2010, vom 30. November 2010,
vom 14. Dezember 2010, vom 7. Juni 2011, vom 12. Juli 2011,
vom 13. Dezember 2011, vom 26. November 2013, vom 28. Januar 2014,
vom 17. November 2015, vom 14. November 2017, vom 12. November 2019,
vom 30. November 2021, vom 28. November 2023 und vom 25. November 2025

Aufgrund des § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juli 2000 (GBl. S. 581, ber. S. 698), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Februar 2006 (GBl. S. 20), der §§ 2 und 11 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg vom 17. März 2005 (GBl. S. 206) und des § 4 Abs. 3 des Landesgebührengesetzes vom 14. Dezember 2004 (GBl. S. 895) hat der Gemeinderat der Stadt Freiburg i. Br. in der Sitzung am 11. April 2006 folgende Satzung beschlossen:

**§ 1
Gebührenpflicht**

- (1) Die Stadt Freiburg i. Br. erhebt für öffentliche Leistungen, die sie auf Veranlassung oder im Interesse Einzelner vornimmt, Verwaltungsgebühren und Auslagen nach dieser Satzung.
- (2) Diese Satzung gilt nicht, soweit spezielle gesetzliche Gebührevorschriften bestehen.
- (3) Die Stadt Freiburg i. Br. kann Dritte beauftragen, die Gebühren nach dieser Satzung zu berechnen, Bescheide auszufertigen und zu versenden, die Gebühren entgegenzunehmen und abzuführen, Nachweise darüber für die Stadt Freiburg i. Br. zu führen sowie die erforderlichen Daten zu verarbeiten und die verarbeiteten Daten der Stadt Freiburg i. Br. mitzuteilen.

§ 2

Gebührensschuldner_in

- (1) Zur Zahlung der Gebühr und Auslagen sind natürliche und juristische Personen verpflichtet,
1. denen die öffentliche Leistung zuzurechnen ist;
 2. welche die Gebühren- und Auslagenschuld durch eine gegenüber der Stadt abgegebene schriftliche Erklärung übernommen haben;
 3. welche für die Gebühren- und Auslagenschuld anderer haften;
- (2) Mehrere Gebühren- und Auslagenschuldner_innen haften als Gesamtschuldner_innen.

§ 3

Sachliche und persönliche Gebührenfreiheit

- (1) Gebühren werden nicht erhoben, für öffentliche Leistungen, die folgende Angelegenheiten betreffen:
1. Gnadensachen,
 2. das bestehende oder frühere Dienstverhältnis von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes,
 3. die bestehende oder frühere gesetzliche Dienstpflicht oder die bestehende oder frühere anstelle der gesetzlichen Dienstpflicht geleistete Tätigkeit,
 4. Prüfungen, die der beruflichen Aus- und Weiterbildung dienen, mit Ausnahme von Prüfungen zur Notenverbesserung,
 5. mündliche und einfache schriftliche oder elektronische Auskünfte, soweit bei schriftlichen oder elektronischen Auskünften in den Gebührenverzeichnissen Anlage 1 bis 3 nicht etwas anderes bestimmt ist,
 6. einfache elektronische Kopien,
 7. die behördliche Informationsgewinnung, mit Ausnahme der Vermessungsgebühren.
- (2) Von der Entrichtung einer Verwaltungsgebühr nach Anlage 1 bis 3 zu dieser Satzung sind befreit, soweit Gegenseitigkeit besteht:
1. das Land Baden-Württemberg;

2. die landesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die nach den Haushaltsplänen des Landes für Rechnung des Landes verwaltet werden;
 3. die Gemeinden, Landkreise, Gemeindeverbände, Zweckverbände sowie Verbände der Regionalplanung in Baden-Württemberg.
- (3) Von der Entrichtung einer Verwaltungsgebühr nach Anlage 1, sofern es sich um eine öffentliche Leistung der unteren Verwaltungsbehörde oder der unteren Baurechtsbehörde handelt, und nach Anlage 3 zu dieser Satzung sind außerdem befreit:
1. die Kirchen und die sonstigen als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannten Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sowie deren Untergliederungen und Mitgliedsverbände und die ihnen zugeordneten Einrichtungen, Anstalten und Stiftungen;
 2. die Verbände der freien Wohlfahrtspflege sowie deren Untergliederungen und Mitgliedsverbände und die ihnen zugeordneten Einrichtungen, Anstalten und Stiftungen für den Bereich der Wohlfahrts- und Gesundheitspflege.
- (4) Die Gebührenbefreiungen nach Abs. 2 und 3 treten nicht ein, soweit die dort genannten Stellen berechtigt sind, die Gebühren Dritten aufzuerlegen oder sonst auf Dritte umzulegen. Satz 1 gilt für die in Abs. 3 genannten Stellen nur für deren steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe oder Betriebe gewerblicher Art.
- Ferner tritt eine Gebührenbefreiung nicht ein für öffentliche Leistungen der Stadt als untere Verwaltungsbehörde im Sinne des Landesverwaltungsgesetzes und als unterer Baurechtsbehörde im Sinne der Landesbauordnung, wenn diese öffentlichen Leistungen nicht nur durch Behörden der unmittelbaren Landesverwaltung erbracht werden und für öffentliche Leistungen im Bereich des Vermessungswesens und des bautechnischen Prüfwesens.
- (5) Im Übrigen kann im Einzelfall von der Erhebung einer Verwaltungsgebühr ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn die Festsetzung der Gebühr nach Lage des einzelnen Falles unbillig wäre.

§ 4 Gebührenhöhe

- (1) Die Höhe der Verwaltungsgebühr richtet sich nach den in dieser Satzung in den Anlagen 1, 2 und 3 beigefügten Gebührenverzeichnissen. Anlage 1 findet Anwendung, wenn in Anlage 2 und 3 keine spezielle Regelung getroffen wird. Für öffentliche Leistungen, für die die Gebührenverzeichnisse keine besonderen Verwaltungsgebühren vorsehen und die nicht gebührenfrei sind, können Gebühren bis 10.000,00 EUR erhoben werden.
- (2) Die Gebühr soll die mit der öffentlichen Leistung verbundenen Verwaltungskosten aller an der Leistung Beteiligten decken. Die Gebührenhöhe bemisst sich insoweit nach dem Verwaltungsaufwand und, soweit das Gesetz über den Einheitlichen Ansprechpartner für das Land Baden-Württemberg vom 1. Dezember 2009 (EAG BW) keine Anwendung findet, nach der wirtschaftlichen oder sonstigen Bedeutung für die/den Gebührenschuldner_in zum Zeitpunkt der Beendigung der öffentlichen Leistung.
- (3) Für eine Wertgebühr sind der Verkehrswert oder die Baukosten zum Zeitpunkt der Beendigung der Leistung oder eine andere hierfür geeignete Bemessungsgrundlage zugrunde zu legen. Der/die Gebührenschuldner_in hat auf Verlangen den Wert des Gegenstandes nachzuweisen. Bei Verweigerung oder ungenügender Führung des Nachweises kann die Behörde den Wert auf Kosten des/der Gebührenschuldners_/in schätzen. Sie kann sich hierbei Sachverständiger bedienen.
- (4) Sofern die Anlagen 1 bis 3 keine besonderen Regelungen treffen, wenn der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung abgelehnt wird, wird eine Gebühr in Höhe von einem Zehntel bis zum vollen Betrag der Verwaltungsgebühr erhoben. Wird der Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit der Behörde abgelehnt, wird keine Verwaltungsgebühr erhoben. Eine Gebühr kann außerdem in Fällen nach Satz 1 nicht erhoben werden, wenn es sich um die Ablehnung oder Rücknahme eines Antrags auf Übermittlung von Umweltinformationen handelt oder um Entscheidungen, die die Rücknahme oder den Widerruf von Leistungen nach dem Umweltverwaltungsgesetz (UVwG) betreffen.
- (5) Sofern die Anlagen 1 bis 3 keine besonderen Regelungen treffen, wenn der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung zurückgenommen wird oder die öffentliche Leistung aus sonstigen Gründen unterbleibt, wird eine Gebühr in Höhe von einem Zehntel bis zur vollen Gebühr erhoben, wenn mit der sachlichen Bearbeitung begonnen, die Erbringung der öffentlichen Leistung aber

noch nicht beendet war. Eine Gebühr kann außerdem in Fällen nach Satz 1 nicht erhoben werden, wenn es sich um die Ablehnung oder Rücknahme eines Antrags auf Übermittlung von Umweltinformationen handelt oder um Entscheidungen, die die Rücknahme oder den Widerruf von Leistungen nach dem Umweltverwaltungsgesetz (UVwG) betreffen.

- (6) Für mehrere gleichartige öffentliche Leistungen gegenüber denselben Gebührenschuldner_innen können Pauschgebühren festgesetzt werden.
- (7) Soweit die der Gebührenerhebung zugrunde liegenden Leistungen einer Umsatzsteuerpflicht unterliegen, ist zusätzlich zur Gebühr die gesetzliche Umsatzsteuer zu entrichten.

§ 5 Auskunftspflicht

Die/Der Gebührenschuldner_in ist verpflichtet, die zur Festsetzung der Verwaltungsgebühr erforderlichen Angaben wahrheitsgemäß und vollständig zu machen und die notwendigen Unterlagen in Urschrift oder beglaubigter Abschrift vorzulegen. Es gelten die Bestimmungen der Abgabenordnung.

§ 6 Entstehung, Fälligkeit, Zahlung

- (1) Die Verwaltungsgebühr und die Auslagen entstehen mit der Beendigung der öffentlichen Leistung, für die sie erhoben werden.
- (2) Bei Zurücknahme des Antrags nach § 4 Abs. 5 entsteht die Verwaltungsgebühr mit der Zurücknahme und in den anderen Fällen des § 4 Abs. 5 und des § 4 Abs. 4 Satz 1 mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung.
- (3) Die Verwaltungsgebühr und die Auslagen werden mit der Bekanntgabe der Gebühren- und Auslagenentscheidung an die/den Schuldner_in fällig.
- (4) Die Erbringung einer öffentlichen Leistung, die auf Antrag erfolgt, kann von der Zahlung eines Vorschusses oder von der Leistung einer Sicherheit bis zur Höhe der voraussichtlich entstehenden Gebühren und Auslagen abhängig gemacht werden.

- (5) Ausfertigungen, Abschriften sowie zurückzugebende Urkunden, die aus Anlass der öffentlichen Leistung eingereicht worden sind, können bis zur Bezahlung der festgesetzten Gebühren und Auslagen zurückbehalten werden.

§ 7 Auslagen

- (1) In der Verwaltungsgebühr sind grundsätzlich die der Behörde erwachsenen Auslagen inbegriffen. Der Ersatz der Auslagen wird verlangt, wenn diese das übliche Maß des gewöhnlichen Geschäftsaufwands erheblich übersteigen oder wenn für eine öffentliche Leistung keine Verwaltungsgebühr erhoben wird.
- (2) Als Auslagen, die neben der Verwaltungsgebühr erhoben werden, gelten insbesondere:
1. Gebühren für Telekommunikationsdienstleistungen;
 2. Reisekosten;
 3. Kosten öffentlicher Bekanntmachungen;
 4. Vergütungen für Zeugen und Sachverständige sowie sonstige Kosten der Beweiserhebung;
 5. Vergütungen an andere juristische oder natürliche Personen für Leistungen und Lieferungen;
 6. Kosten der Beförderung und Verwahrung von Personen und Sachen;
 7. Gebühren für Übersetzungen.

§ 8 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Freiburg i. Br. über die Erhebung von Verwaltungsgebühren (Verwaltungsgebührensatzung) vom 23. Oktober 2001 in der Fassung der Satzungen vom 10. Dezember 2002 und vom 25. März 2003 außer Kraft.

Öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt der Stadt Freiburg i. Br. vom 15.4.2006.
Die Änderungssatzung vom 26.6.2007 ist öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt vom 7.7.2007 und am 8.7.2007 in Kraft getreten.
Die Änderungssatzung vom 10.2.2009 ist öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt vom 14.2.2009 und am 15.2.2009 in Kraft getreten.

Die Änderungssatzung vom 1.12.2009 ist öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt vom 4.12.2009 und am 5.12.2009 in Kraft getreten.

Die Änderungssatzung vom 26.10.2010 ist öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt vom 19.11.2010 und am 20.11.2010 in Kraft getreten.

Die Änderungssatzung vom 30.11.2010 ist öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt vom 3.12.2010 und am 18.12.2010 in Kraft getreten, berichtigt im Amtsblatt vom 17.12.2010.

Die Änderungssatzung vom 14.12.2010 (im Rahmen der Änderung der Abfallwirtschaftssatzung) ist öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt vom 17.12.2010 und am 1.1.2011 in Kraft getreten.

Die Änderungssatzung vom 07.06.2011 ist öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt vom 15.07.2011 und am 01.01.2011 in Kraft getreten.

Die Änderungssatzung vom 12.07.2011 ist öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt vom 29.07.2011 und am 30.07.2011 in Kraft getreten.

Die Änderungssatzung vom 13.12.2011 ist öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt vom 16.12.2011 und am 01.01.2012 in Kraft getreten.

Die Änderungssatzung vom 26.11.2013 ist öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt vom 06.12.2013 und am 01.01.2014 in Kraft getreten.

Die Änderungssatzung vom 28.01.2014 ist öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt vom 31.01.2014 und am 01.02.2014 in Kraft getreten.

Die Änderungssatzung vom 17.11.2015 ist öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt vom 20.11.2015 und am 01.01.2016 in Kraft getreten.

Die Änderungssatzung vom 14.11.2017 ist öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt vom 08.12.2017 und am 01.01.2018 in Kraft getreten mit Ausnahme der Ziffer 8, Lfd.Nr. 7.2 (Namensänderung), die am 14. August 2018 in Kraft tritt.

Die Änderungssatzung vom 12.11.2019 ist öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt vom 06.12.2019 und am 01.01.2020 in Kraft getreten.

Die Änderungssatzung vom 30.11.2021 ist öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt vom 17.12.2021 und am 01.01.2022 in Kraft getreten.

Die Änderungssatzung vom 28.11.2023 ist öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt vom 09.12.2023 und am 01.01.2024 in Kraft getreten.

Die Änderungssatzung vom 25.11.2025 ist öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt vom 06.12.2025 und am 01.01.2026 in Kraft getreten.

**Anlage 1 zu § 1 Abs. 1 der Verwaltungsge-
bührensatzung**

**Gebührenverzeichnis
für öffentliche Leistungen der Stadt Freiburg i. Br.
für die gesamte Stadtverwaltung**

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
1.	Auskunft – auch nach dem Landesinformationsfreiheitsgesetz (LIFG) -, soweit sie nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 5 gebührenfrei ist	36,70 bis 3.319,80
2.	Ausnahme, Befreiung von Bestimmungen in Gesetzen, Rechtsverordnungen und Satzungen	7,00 bis 8.692,30
3.	Ausweis, Bescheinigung (auch Zweit- und Mehrfertigungen)	1,90 bis 260,70
4.	Amtliche Beglaubigung	
4.1	einer Unterschrift, eines Handzeichens oder Siegels	1,90 bis 38,70
	Werden mehrere Unterschriften gleichzeitig in einer Urkunde beglaubigt oder wird die Unterschrift einer Person mehrfach auf verschiedenen Urkunden, aber aufgrund eines gleichzeitig gestellten Antrags beglaubigt, so kommt nur für die erste Unterschrift die volle Gebühr, für jede weitere die Hälfte der für die erste Beglaubigung bzw. Bestätigung erhobenen Gebühr zum Ansatz.	
4.2	der Übereinstimmung einer Fotokopie, Abschrift, eines Auszuges usw. mit der Urschrift; je weitere Fertigung	6,20 2,50
4.3	der Übereinstimmung einer Abschrift eines Schulzeugnisses mit der Urschrift	2,50
	Für Bewerbungszeugnisse in einer Abschlussklasse sowie bei Abgangs- oder Abschlusszeugnissen ist die erste Fertigung und Beglaubigung von Abschriften, Mehrfertigungen oder Kopien nach Bedarf bis maximal 5 Exemplaren gebührenfrei.	
	Zeugnisse, Bescheinigungen, Urkunden etc. aus Beruf und Fortbildung gelten nicht als Schulzeugnisse im Sinne dieser Vorschrift.	
5.	Bewilligung, Erlaubnis, Genehmigung, Konzession, Zulassung	9,60 bis 1.809,60
6.	Einsichtnahme in Akten, Bücher, Karteien usw., es sei denn, es handelt sich um eine Einsichtnahme in Umweltinformationen vor Ort (§ 33 Abs. 2 Nr. 2 UVwG)	9,80 bis 952,00
7.	Rechtsbehelf Zurückweisung eines förmlichen Rechtsbehelfs (insbesondere Widerspruch)	30,20 bis 8.623,20

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
	Wird ein förmlicher Rechtsbehelf vor der Bekanntgabe einer abschließenden Entscheidung zurückgenommen oder erledigt sich das Rechtsbehelfsverfahren auf andere Weise, kann von der Erhebung einer Verwaltungsgebühr ganz oder teilweise abgesehen werden.	
8.	Kopien, soweit sie nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 gebührenfrei sind	
8.1	bis DIN A 3	
8.1.1	für die erste Seite	2,00
8.1.2	für jede weitere Seite	0,30
9.	Ausdruck eines elektronischen Dokuments	
9.1	bis DIN A 3	
9.1.1	für die erste Seite	2,00
9.1.2	für jede weitere Seite	0,30

Anlage 2 zu § 1 Abs. 1 der Verwaltungsgebührensatzung

**Gebührenverzeichnis
für öffentliche Leistungen der Stadt Freiburg i. Br.
in Selbstverwaltungsangelegenheiten**

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
1.	Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement	
1.1	Fundsachen	
1.1.1	Aufbewahrung einschließlich Aushändigung an die/den Empfangsberechtigte*n oder Finder*in	
1.1.1.1	bei Sachen bis 500,00 Euro Wert (ohne Fahrräder)	10 % des Wertes, mindestens 10,00 Euro
1.1.1.2	bei Sachen über 500,00 Euro Wert (ohne Fahrräder)	50,00 Euro zzgl. 5% des 500,00 Euro übersteigenden Wertes
1.1.1.3	bei Fahrrädern	30,00
1.1.2	Ausstellung einer Versicherungsbescheinigung	10,00
1.2	Bescheinigung über die Wählbarkeit eines Bewerbers zur Bürgermeisterwahl (Wählbarkeitsbescheinigung)	18,00
2.	Amt für öffentliche Ordnung	
2.1	Entfernung, Verwahrung und Verwertung nicht ordnungsgemäß abgestellter, insbesondere abgemeldeter Fahrzeuge; Verwahrgebühren gelten auch bei polizeirechtlicher Beschlagnahme von Fahrzeugen.	
2.1.1	Aufforderung zur Fahrzeugentfernung	190,00
2.1.2	Aufforderung zur Fahrzeugentfernung, Verwahrung, Aufforderung zur Abholung des Fahrzeugs und Kostenanforderung	340,00
2.1.3	Aufforderung zur Fahrzeugentfernung, Verwahrung und Verwertung (nur vorbereitende und nachgelagerte Arbeiten) des Fahrzeugs	470,00
2.1.4	Erstellung eines Kostenbescheids im Zusammenhang mit dem Abschleppen eines zum Verkehr zugelassenen Fahrzeugs	76,00 bis 150,00
2.1.5	Stellplatzgebühr für die Verwahrung von Fahrzeugen im Freien	
2.1.5.1	für Fahrzeuge bis 2,8 t zulässiges Gesamtgewicht pro Standtag	3,75
2.1.5.2	für Fahrzeuge über 2,8 t zulässiges Gesamtgewicht pro Standtag	7,50

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
	Zu den Gebühren Nr. 3.2.5.1 und 3.2.5.2 sind zusätzlich noch die Auslagen für die Abschlepp- und Verschrottungskosten im Rahmen der Ersatzvor- nahme bzw. Einziehung nach Polizeirecht jeweils nach Rechnung der Abschlepp- bzw. Verschrot- tungsfirma zu erstatten.	
2.2	Sondernutzung	
2.2.1	Erlaubnis nach § 16 Abs. 1 StrG BW	55,00 bis 1.175,00
2.2.2	Maßnahmen nach § 16 Abs. 8 StrG BW	110,00 bis 530,00
2.3	Ausfertigung eines Lichtbildes im Bereich des Füh- rerscheinwesens	5,30
3.	Amt für Soziales	
3.1	Ausstellen eines Wohnberechtigungsscheines	gebührenfrei
3.2	Ersatzausstellung	20,00
4.	Amt für Wohnraumentwicklung und Vermes- sung	
4.1	Erteilung einer Bodenrichtwertbescheinigung nach § 196 Abs. 3 BauGB	64,00 bis 179,00
4.2	Schriftliche Auskunft aus der Kaufpreissammlung nach § 195 Abs. 3 BauGB	99,00 bis 597,00
	Die Gebühren für gutachterliche Stellungnahmen der Geschäftsstelle ergeben sich aus der Gut- achterausschussgebührensatzung in der jeweils geltenden Fassung.	
5.	Baurechtsamt	
5.1	Zweckentfremdung von Wohnraum	
5.1.1	Genehmigung einer Zweckentfremdung	315,06 bis 5.251,00
5.1.2	Negativattest	105,02 bis 1.050,20
5.1.3	Aufforderung nach § 13 der Satzung Freiburg i.Br. über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum in der Stadt Freiburg im Breisgau, Wohnräume wieder Wohnzwecken zuzuführen	315,06 bis 5.251,00
5.1.4	Bei der Prüfung von Zweckentfremdungen ein- schließlich der erforderlichen örtlichen Überprüfun- gen für ohne Genehmigung anderen Zwecken zu- geführten Wohnraum fällt bei nachträglicher Ge- nehmigung das Doppelte der Gebühr nach Lfd.Nr. 5.1.1 an.	
5.1.5	Bei der Prüfung von Zweckentfremdungen ein- schließlich der erforderlichen örtlichen Überprü- fung für ohne Genehmigung abgebrochenen Wohnraum fällt bei nachträglicher Genehmigung das Dreifache der Gebühr nach Lfd.Nr. 5.1.1 an.	
5.2	Positive Auskunft aus dem Baulastenverzeichnis und der Kulturdenkmalliste	17,50

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
5.3	Elektronischer Versand eines Dokuments, soweit er nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 gebührenfrei ist	17,50
5.4	Milieuschutz	
5.4.1	Erteilung einer erhaltungsrechtlichen Genehmigung (§ 173 i. V. m. § 172 BauGB)	210,04 bis 5.251,00
5.4.2	Zwischenbescheid zur Verlängerung der Entscheidungsfrist nach § 173 Abs. 1 i. V. m. § 22 Abs. 5 S. 3 BauGB	105,02 bis 5.251,00
5.4.3	Bei der Prüfung von Unterlagen, einschließlich der erforderlichen örtlichen Überprüfungen für ohne erhaltungsrechtliche Genehmigung ausgeführte Maßnahmen nach § 172 Abs. 1 S. 1 und 2 BauGB, fällt bei nachträglicher Genehmigung / Zurückweisung das Zweifache der Gebühr nach Ziff. 5.4.1 an.	
5.4.4	Bei der Prüfung von Unterlagen, einschließlich der erforderlichen örtlichen Überprüfungen für ohne erhaltungsrechtliche Genehmigung abgebrochene bauliche Anlagen fällt bei nachträglicher Genehmigung / Zurückweisung das Dreifache der Gebühr nach Ziff. 5.4.1 an.	
6.	Eigenbetrieb Friedhöfe	
6.1	Grabmalgenehmigung	
6.1.1	für Grabmale in Stein	98,94
6.1.2	für Grabmale in Holz mit Sockel/Fundament	98,94
6.1.3	für Abdeckplatten, Schrifttafeln und Kissensteine	98,94
6.1.4	für eine Erweiterung der vorhandenen Grabanlage	98,94
6.2	Sonstige Amtshandlung	
6.2.1	Bearbeitung eines Sterbefalls, der nicht unter die Grundgebühr für die Erdbestattung fällt (z.B. bei Urnenbestattungen, Ausgrabungen / Umbettungen)	158,30
6.2.2	Bearbeitung eines oder mehrerer weiterer Sterbefälle in derselben Grabstätte, die nicht unter die Grundgebühr für die Erdbestattung fallen (z.B. bei mehreren Ausgrabungen / Umbettungen in derselben Grabstätte)	79,15
6.2.3	nachträgliche Änderung eines Auftrags	25,12
6.2.4	Umschreibung eines Nutzungsrechts	79,15
6.2.5	Aufgabe eines Nutzungsrechts vor Nutzungsfristende	146,43
6.2.6	Ausstellen einer Ersatzgraburkunde	26,12
7.	Garten- und Tiefbauamt	
7.1	Baumschutz	
7.1.1	Bearbeiten von Anträgen im Rahmen des Anzeige- / Kenntnissgabeverfahrens nach § 7 Abs. 1 bis 3 und Abs. 4 Satz 3 der Baumschutzsatzung	

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
7.1.1.1	ohne Begutachtung	82,51 bis 825,10
7.1.1.2	mit Begutachtung	137,52 bis 880,11
7.1.2	Bearbeiten von Anträgen im Zusammenhang mit genehmigungspflichtigen Bauvorhaben nach § 7 Abs. 4 Satz 1 und 2 der Baumschutzsatzung	
7.1.2.1	ohne Begutachtung	165,02 bis 1.650,20
7.1.2.2	mit Begutachtung	220,03 bis 1.750,21
7.2	Sondernutzung	
7.2.1	Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis	
7.2.1.1	einfacher Aufwand	109,09
7.2.1.2	mittlerer Aufwand	218,19
7.2.1.3	hoher Aufwand	409,10
7.2.2	Verlängerung einer Sondernutzungserlaubnis	34,09
7.2.3	Zusatzgebühr für Ortsbesichtigung pro Ortstermin	
7.2.3.1	einfacher Aufwand	40,91
7.2.3.2	mittlerer Aufwand	81,82
7.2.3.3	hoher Aufwand	163,64
7.3	Ausstellen einer Anliegerbescheinigung	22,19 bis 532,56
7.4	Auskunft aus dem Nutzungsverzeichnis bei privater Leitungsverlegung	25,78 bis 618,72
7.5	Bearbeitung eines Antrags zur Wertermittlung eines Kleingartens bei Pächterwechsel	176,12
7.6	Zustimmung zur Verlegung von Telekommunikationsleitungen nach § 127 Abs. 1 TKG	49,92 bis 74,88
7.7	Prüfung einer Trassierung	
7.7.1	Einfacher Aufwand bis 30 Minuten	39,10
7.7.2	Mittlerer Aufwand bis 60 Minuten	78,19
7.7.3	Komplexer Aufwand bis 90 Minuten	117,29
7.7.4	Hochkomplexer Aufwand bis 120 Minuten	156,38
8.	Immobilienmanagement Freiburg	
8.1	Bescheinigung über das Nichtbestehen oder die Nichtausübung eines Vorkaufsrechts bis zu einem Kaufpreis	
8.1.1	von 50.000,00 €	107,00
8.1.2	von 50.001,00 € bis 250.000,00 €	161,00
8.1.3	von 250.001,00 € bis 500.000,00 €	214,00
8.1.4	über 500.000,00 €	268,00
9.	Rechnungsprüfungsamt	
	Prüfungstätigkeit für kommunale Stiftungen und Dritte je Stunde	121,00
10.	Stadtarchiv	
10.1	Auskünfte	
10.1.1	Erteilung schriftlicher oder elektronischer Auskünfte einschließlich der dazu erforderlichen Ermittlungen, Aushebungen, Reponierungen und	15,00

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
	vergleichbare Leistungen je angefangene Viertelstunde, soweit sie nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 5 gebührenfrei sind	
10.1.2	Erteilung schriftlicher oder elektronischer Auskünfte für unterrichtliche, wissenschaftliche oder heimatkundliche Zwecke, soweit das private Interesse nicht überwiegt, bis zu einem Zeitaufwand von einer Stunde	gebührenfrei
10.2	Reproduktionen	
10.2.1	Bearbeiten von Digitalisierungsaufträgen, je angefangene Viertelstunde	15,00 (ggf. zzgl. Kosten externer Dienstleister)
10.2.2	Reproduktionen digitaler Dateien, soweit sie nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 gebührenfrei sind.	
10.2.2.1	Bilder, Karten, Pläne, Plakate, je Datei	3,00
10.2.2.2	Audio- und Videodateien, je Datei	7,00
10.2.3	Bearbeitung digitaler Reproduktionen, je angefangene Viertelstunde	7,00
10.2.4	Digitale Übermittlung, soweit sie nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 gebührenfrei ist, oder Speichern auf Datenträger (inkl. Datenträger)	5,00
10.2.5	Werden die Reproduktionen für Schüler*innen, Auszubildende oder Studierende im Rahmen von Unterricht, Ausbildung und Studium gefertigt, ermäßigen sich die Gebühren nach lfd.Nrn. 10.2.1. - 10.2.4 um jeweils 50%.	
10.3	Anfertigung einer beglaubigten Papierkopie aus einem archivierten Personenstandsregister	20,00
10.4	Veröffentlichungsgenehmigung für urheberrechtlich geschützte Werke	
10.4.1	Genehmigung der einmaligen Veröffentlichung im Druck bei Büchern, Broschüren, Zeitungen, Zeitschriften, Kalender und anderen Veröffentlichungsformen, je Vorlage	15,00
10.4.2	Genehmigung der einmaligen Veröffentlichung elektronischer Medien, je Vorlage	
10.4.2.1	nur Online-Publikation	20,00
10.4.2.2	Herausgabe eines E-Books zusätzlich zu einer gedruckten Publikation	10,00
10.4.3	Genehmigung der einmaligen Wiedergabe und Nutzung im Internet/Einbindung in Online-Dienste mit einer Auflösung von höchstens 80 dpi bzw. 200x300 Pixel unbefristet, je Vorlage	25,00
10.4.4	Genehmigung der Wiedergabe und Nutzung von Archivalien (schriftliche, bildliche, audiovisuelle Quellen) in Filmen, Rundfunk und Fernsehbeiträgen mit dem Recht der einmaligen Veröffentlichung, je Vorlage	35,00

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
10.4.5	Genehmigung der Verwendung von Vorlagen in Ausstellungen oder bei Präsentationen in gewerblich genutzten Räumen oder zu gewerblichen Zwecken, je Vorlage	50,00
10.4.6	Liegt die Nutzung und Wiedergabe des Archivguts im öffentlichen Interesse, so kann im Einzelfall von der Erhebung einer Gebühr ganz oder teilweise abgesehen werden.	
11.	Stadtbibliothek	
11.1	Ausstellen eines Ersatzausweises	3,50
11.2	Einarbeitung eines ersetzten Mediums je Medium	5,00
11.3	Ermittlung der aktuellen Adresse	4,00
11.4	Vormerkung von Medien je Medium	1,00
12.	Eigenbetrieb Stadtentwässerung	
12.1	Genehmigungspflichtige Vorhaben nach § 11 der Stadtentwässerungssatzung	
12.1.1	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für ein Ein- bzw. Zweifamilienhaus oder vergleichbare Bauvorhaben mit Prüfung der Entwässerungspläne und Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle inkl. der Überwachung der Dichtheitsprüfung und der Beratung	554,00
12.1.2	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für baugleiche Einfamilienhäuser ab dem zweiten baugleichen Einfamilienhaus vom gleichen Bauherrn mit Prüfung der Entwässerungspläne und Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle inkl. der Überwachung der Dichtheitsprüfung und der Beratung	388,00
12.1.3	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für ein gewerblich/industrielles Bauvorhaben bzw. Mehrfamilienhaus oder vergleichbare Bauvorhaben mit Prüfung der Entwässerungspläne und Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle inkl. der Überwachung der Dichtheitsprüfung und der Beratung	786,00
12.1.4	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für ein Ein- bzw. Zweifamilienhaus oder vergleichbare Bauvorhaben mit Prüfung der Entwässerungspläne inkl. Beratung ohne Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle	347,00
12.1.5	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für baugleiche Einfamilienhäuser ab dem zweiten baugleichen Einfamilienhaus vom gleichen Bauherrn mit Prüfung der Entwässerungspläne inkl. Beratung ohne Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle	180,00

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
12.1.6	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für ein gewerblich/industrielles Bauvorhaben bzw. Mehrfamilienhaus oder vergleichbare Bauvorhaben mit Prüfung der Entwässerungspläne incl. Beratung ohne Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle	564,00
12.1.7	Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle inkl. der Überwachung der Dichtheitsprüfungen für ein Ein- bzw. Zweifamilienhaus oder vergleichbare Bauvorhaben	287,00
12.1.8	Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle inkl. der Überwachung der Dichtheitsprüfungen für ein gewerblich /industrielles Bauvorhaben bzw. Mehrfamilienhaus oder vergleichbarer Bauvorhaben	294,00
12.1.9	Überprüfung und Einmessung des neu hergestellten privaten Anschlussstutzens/Abzweigs an den öffentlichen Kanal mittels Kamerabefahrung	420,00
12.2	Verlängerung der Gültigkeit eines Genehmigungsbescheides	95,00
12.3	Zusätzlicher Überwachungsaufwand bei Wiederholung einer Dichtheitsprüfung je Person und angefangener Viertelstunde	48,00
12.4	Überprüfung einer bestehenden Grundstücksentwässerungsanlage auf ihre Funktionsfähigkeit je Person und angefangene Viertelstunde	48,00
12.5	Fachtechnische Beratung außerhalb des Genehmigungsverfahrens je Person und angefangene Viertelstunde	48,00
12.6	Einsicht in Hausentwässerungsakten pauschal	73,00
12.7	Aktenkopie, soweit nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 gebührenfrei:	
12.7.1	DIN A 4 pro Kopie	0,50
12.7.2	DIN A 3 pro Kopie	1,00
12.7.3	DIN A 2 pro Kopie	3,50
12.7.4	DIN A 1 pro Kopie	7,00
12.7.5	DIN A 0 pro Kopie	14,00
12.8	Erstellen einer PDF-Datei je Seite	0,50
12.9	Kanalbeitragsbescheinigungen	45,00
13.	Stadtkämmerei	
13.1	Ausgabe einer Ersatzhundesteuermarke	7,10
13.2	Unbedenklichkeitsbescheinigung	17,20
14.	Standesamt	
14.1	Kirchenaustrittserklärung je Austrittserklärung	
14.1.1	für Personen ab 18 Jahren	28,00
14.1.2	für Personen unter 18 Jahren	10,00

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
14.1.3	für Berechtigte nach SGB II, SGB XII, AsylbLG und Berechtigte mit Anspruch auf Wohngeld und BAFÖG	gebührenfrei
14.2	Nachträgliche Bescheinigung des Kirchenaustritts	16,50
14.3	Vorabübermitteln von Personenstandsurkunden per Fax oder Mail	6,50

Anlage 3 zu § 1 Abs. 1 der Verwaltungsgebührensatzung

**Gebührenverzeichnis
für öffentliche Leistungen der Stadt Freiburg i. Br.
als untere Verwaltungsbehörde, als untere Baurechtsbehörde
und als Ortspolizeibehörde**

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
1.	Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement	
1.1	Ausstellung einer einfachen oder erweiterten Meldebescheinigung	8,50
1.2	Erteilung einer einfachen oder erweiterten Auskunft über Eintragungen im Melderegister je Person	
1.2.1	persönlich oder schriftlich	17,50
1.2.2	per Internet über das Meldeportal	5,00
1.3	Erteilung einer Auskunft über die im Melderegister gespeicherte Steuer-Identifikationsnummer	8,50
1.4	Gruppenauskünfte und Datenübermittlungen der Meldebehörde	
1.4.1	Prüfung und Bearbeitung des Antrags je angefangene Viertelstunde	22,50
1.4.2	Erstellen, Verschlüsseln und Versand der Datei	150,00
1.5	Rückforderung der Kosten für Fundtiertransporte zzgl. Auslagen für den Tiertransport gem. § 8 Abs. 2 PolG	125,00 bis 380,00
2.	Amt für öffentliche Ordnung	
2.1	Fischerei	
2.1.1	Ausstellung eines Fischereischeines auf Lebenszeit (zzgl. Fischereiabgabe)	40,00
2.1.2	Ausstellung eines Jugendfischereischeines	40,00
2.1.3	Ausstellung eines Ersatzfischereischeines	40,00
2.1.4	Eintrag der Entrichtung der Fischereiabgabe für 1, 5 oder 10 Jahre (zzgl. Fischereiabgabe)	20,00
2.2	Gaststättenrecht	
2.2.1	Anzeige eines vorübergehendes Gastgewerbes (§§ 2, 6 LGastG)	
2.2.1.1	Bearbeitung der Anzeige nach § 2 Abs. 2 LGastG	54,00 bis 1.085,00

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
2.2.1.2	Anordnungen für Veranstaltungen (§ 6 Abs. 1 LGastG)	105,00 bis 1.625,00
2.2.1.3	Gemeinnützige Vereine, Verbände, Parteien und Wählerinitiativen soweit es sich nicht um eine Großveranstaltung handelt.	75 % der nach lfd. Nr. 2.2.1.1 und 2.2.1.2 festzusetzenden Gebühr
2.2.2	Zulassung von Ausnahmen vom Verbot der Anmietung von Räumen bei Straußwirtschaften (§ 5 Abs. 3 LGastG)	155,00 bis 230,00
2.2.3	Zulassung von Ausnahmen von den Sperrzeitvorschriften für einzelne Betriebe (§ 8 LGastG)	
2.2.3.1	Sperrzeitverkürzung für einzelne Tage (§ 8 Abs. 4 LGastG)	79,00 bis 155,00
2.2.3.2	Regelmäßige Sperrzeitverkürzung (§ 8 Abs. 4 LGastG)	205,00 bis 1.550,00
2.2.4	Auflagen und Anordnungen (§ 6 Abs. 1, Abs. 2 LGastG)	310,00 bis 1.550,00
2.2.5	Vorläufige Untersagung des Gaststättenbetriebs (§ 2 Abs. 4 LGastG)	100,00 bis 480,00
2.2.6	Vorrübergehende Untersagung des Alkoholausschanks für einen örtlichen Bereich (§ 9 Abs. 3 LGastG)	620,00 bis 5.180,00
2.3	Gewerbe- und Handwerksrecht	
2.3.1	Erteilung einer Empfangsbescheinigung (§ 15 Abs. 1 GewO)	35,00 bis 140,00
2.3.2	Zuverlässigkeitsprüfung bei überwachungsbedürftigem Gewerbe (§ 38 GewO), falls Führungszeugnis und Gewerbezentralregisterauszug nicht fristgerecht vorgelegt werden	23,00 bis 64,00
2.3.3	Erlaubnis zum Betrieb von Privatkrankenanstalten (§ 30 GewO)	550,00 bis 3.000,00
2.3.4	Erlaubnis zur Schaustellung von Personen (§ 33 a GewO)	430,00 bis 1.380,00
2.3.5	Erlaubnis zur Aufstellung von Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit (§ 33 c Abs. 1 GewO)	550,00 bis 2.500,00
2.3.6	Geeignetheitsbestätigung (§ 33 c Abs. 3 GewO)	77,00 bis 515,00
2.3.7	Erlaubnis zur Veranstaltung von anderen Spielen mit Gewinnmöglichkeiten (§ 33 d Abs. 1 GewO)	550,00 bis 2.500,00
2.3.8	Erlaubnis zum Betrieb einer Spielhalle oder eines ähnlichen Unternehmens (§ 41 LGlüG)	515,00 bis 6.000,00
2.3.9	Erlaubnis zum Betrieb des Pfandleih- oder Pfandvermittlungsgewerbes (§ 34 Abs. 1 und 2 GewO)	430,00 bis 1.550,00
2.3.10	Erlaubnis zum Betrieb des Bewachungsgewerbes (§ 34 a Abs. 1 und 2 GewO)	820,00 bis 2.500,00
2.3.11	Zuverlässigkeitsprüfung von Gewerbetreibenden im Bewachungsgewerbe und Wachpersonen (§ 34a GewO)	86,00 bis 620,00

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
2.3.12	Erlaubnis zum Betrieb des Versteigerungsgewerbes (§ 34 b Abs. 1 und 2 GewO)	430,00 bis 1.550,00
2.3.13	Öffentliche Bestellung von Versteigerern (§ 34 b Abs. 5 GewO)	430,00 bis 715,00
2.3.14	Schließungsverfahren von Betrieben (z. B. Gaststätten, Spielhallen) (§ 15 Abs. 2 GewO)	515,00 bis 5.180,00
2.3.15	Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO)	620,00 bis 5.180,00
2.3.16	Gestattung der Wiederausübung eines untersagten Gewerbes (§ 35 Abs. 6 GewO)	430,00 bis 1.550,00
2.3.17	Erlaubnis zur Stellvertretung konzessionierter oder angestellter Personen (§ 47 GewO)	255,00 bis 515,00
2.3.18	Erteilung einer Reisegewerbekarte (§ 55 GewO)	255,00 bis 1.035,00
2.3.19	Erteilung einer Zweitschrift der Reisegewerbekarte (§ 60 c Abs. 2 GewO)	100,00
2.3.20	Erteilung einer Gewerbelegitimationskarte (§ 55 b Abs. 2 GewO)	255,00 bis 515,00
2.3.21	Befreiung von der Reisegewerbekartenpflicht (§ 55 a Abs. 1 Nr. 1 GewO)	77,72
2.3.22	Befreiung von der Reisegewerbekartenpflicht anlässlich Sonderveranstaltungen (§ 55 a Abs. 2 GewO)	160,00 bis 270,00
2.3.23	Festsetzung von Wochenmärkten (§ 69 GewO)	620,00 bis 3.105,00
2.3.24	Festsetzung von Messen, Ausstellungen, Großmärkten, Jahrmärkten, Spezialmärkten sowie Volksfesten (§ 69 GewO)	650,00 bis 3.255,00
2.3.25	Änderung oder Aufhebung der Festsetzung von Märkten, Messen und Ausstellungen (§ 69b GewO)	215,00 bis 1.085,00
2.3.26	Erteilung von Auskünften aus dem Gewerberegister	23,00
2.3.27	Handwerksuntersagung (§ 16 HWO)	515,00 bis 2.590,00
2.4	Veranstaltungsmanagement	
	Koordination und Genehmigung von Veranstaltungen je angefangene Stunde Speziellere Gebührentatbestände bleiben hiervon unberührt.	108,53
2.5	Jugendschutz	
2.5.1	Ausnahmen vom Verbot des Aufenthalts von Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren in Gaststätten (§ 4 Abs. 1 i. V. m. Abs. 3 JugendschutzG)	77,00 bis 345,00
2.5.2	Ausnahmen vom Verbot der Anwesenheit von Kindern und Jugendlichen bei öffentlichen Tanzveranstaltungen (§ 5 Abs. 1 i. V. m. Abs. 3 JugendschutzG)	77,00 bis 345,00
2.5.3	Anordnung der Abwesenheit von Kindern und Jugendlichen an jugendgefährdeten Veranstaltungen (§ 7 JugendschutzG)	100,00 bis 490,00

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
2.5.4	Maßnahmen zur Abwendung von Gefahren für Kinder oder Jugendliche durch jugendgefährdende Orte (§ 8 JugendschutzG)	100,00 bis 490,00
2.6	Kampfhunde	
2.6.1	Prüfung nach § 1 Abs. 4 der Polizeiverordnung über das Halten gefährlicher Hunde (PolVOgH)	440,00
2.6.2	Überprüfung der Hundehaltung gemäß PolVOgH	165,00 bis 790,00
2.6.3	Erlaubnis für Kampfhunde nach §§ 3 und 4 PolVOgH	215,00 bis 710,00
2.6.4	Ausnahmen nach der PolVOgH	165,00 bis 420,00
2.6.5	Auflagen nach der PolVOgH	225,00 bis 1.060,00
2.6.6	Maßnahmen bezüglich auffälliger Tiere	225,00 bis 1.235,00
2.7	Ladenöffnungsgesetz	
2.7.1	Ausnahmegenehmigung zum Feilbieten von Waren an Sonn- und Feiertagen (§ 11 Abs. 1 LadÖG)	100,00 bis 1.035,00
2.7.2	Ausnahmegenehmigung zum Feilbieten von Waren zum sofortigen Verbrauch (§ 9 Abs. 4 LadÖG)	69,00 bis 430,00
2.8	Veterinärwesen	
2.8.1	Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung	
2.8.1.1	Begutachtung und Beratung bei Anlagen und Betrieben von Lebensmittelunternehmen, auch schriftliche Stellungnahmen einschließlich Hin- und Rückfahrt je angefangene Viertelstunde	29,35
2.8.1.2	Genehmigungen, Bewilligungen, Zulassungen, Bescheinigungen auf Grund lebensmittelrechtlicher Vorschriften	29,00 bis 3.910,00
2.8.1.3	Lebensmittelrechtliche Kontrollen und Überwachungstätigkeiten nach Art. 79 Abs. 2 c VO (EU) 2017/625 je angefangene Viertelstunde pro Person einschließlich Hin- und Rückfahrt	29,35
2.8.1.4	Verwaltungsrechtliche Maßnahmen wie Belehrungen, Mängelberichte und Anordnungen	97,00 bis 1.300,00
2.8.1.5	Auskünfte nach dem Verbraucherinformationsgesetz (§ 6 VIG, § 5 AGVIG) je angefangene Viertelstunde	29,35
2.8.2	Fleischhygiene	
2.8.2.1	Schlacht tier- und Fleischuntersuchung einschließlich Tierschutzüberwachung, Probenahme, Beschlagnahme, Nachuntersuchung, Endbeurteilung und Tagebuchführung, Trichinenuntersuchung, Rückstandsuntersuchung und bakteriologischer Untersuchung in Betrieben mit mehr als 1.500 Schlachtungen je Kalendermonat im Jahresdurchschnitt (Großbetriebe) je Tier	
2.8.2.1.1	Rinder / Kälber	14,45

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
2.8.2.1.2	Schweine/Ferkel mit Trichinenuntersuchung	5,32
2.8.2.1.3	Schweine/Ferkel ohne Trichinenuntersuchung	4,34
2.8.2.1.4	Schafe / Ziegen	4,34
2.8.2.1.5	BSE-Probenahme je Probe zzgl. Auslagen (nur bei Rindern, die nicht im Anhang des jeweils aktuellen Durchführungsbeschlusses der EU gelistet sind)	15,12
2.8.2.2	Schlachttier- und Fleischuntersuchung einschließlich Probenahme, Beschlagnahme, Nachuntersuchung, Endbeurteilung und Tagebuchführung, Trichinenuntersuchung, Rückstandsuntersuchung und bakteriologischer Untersuchung in Betrieben mit weniger als 100 Schlachtungen je Kalendermonat im Jahresdurchschnitt (Kleinbetrieben) je Tier	
2.8.2.2.1	Rind / Kalb	25,30
2.8.2.2.2	Schwein / Ferkel	27,10
2.8.2.2.3	Schaf / Ziege	9,05
2.8.2.2.4	Zuschlag je unter 2.8.2.2.1 – 2.8.2.2.3 aufgeführtem Tier bei bis zu fünf Untersuchungen pro Schlachtstätte und Tag	5,14
2.8.2.2.5	Zuschlag je gefahrene Kilometer anlässlich der Schlachttier- und Fleischuntersuchungen	0,30
2.8.2.2.6	TSE- Probenahme (Schaf)	5,80
2.8.2.2.7	Zuschlag je zusätzlich gefahrene Kilometer für TSE – Probentransport und NRKP Probenahme	0,48
2.8.2.3	Schlachttier- und Fleischuntersuchung bei Haus-schlachtungen je Tier	
2.8.2.3.1	Einhufer	52,75
2.8.2.3.2	Rind / Kalb	30,50
2.8.2.3.3	Schwein / Ferkel	26,25
2.8.2.3.4	Schaf /Ziege	13,90
2.8.2.3.5	Zuschlag je gefahrene Kilometer anlässlich der Schlachttier- und Fleischuntersuchungen	0,30
2.8.2.3.6	TSE-Probenahme (Schaf)	5,80
2.8.2.3.7	Zuschlag je zusätzlich gefahrene Kilometer für TSE – Probentransport	0,48
2.8.2.4	Gebührenerhebung in besonderen Fällen	
2.8.2.4.1	Wird nur die Schlachttier- oder nur die Fleischuntersuchung durchgeführt, wird die Gebühr nach 2.8.2.1 bis 2.8.2.3 im Verhältnis 20 zu 80 für die Schlachttier- bzw. Fleischuntersuchung aufgeteilt.	

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
2.8.2.4.2	Steht das angemeldete Tier nicht zur angegebenen Zeit zur Untersuchung bereit, wird bei Kleinbetrieben und Hausschlachtungen ein Zuschlag von 80% der Gebühr nach lfd. Nrn. 2.8.2.2.1 bis 2.8.2.2.3 bzw. 2.8.2.3.1 bis 2.8.2.3.4 erhoben.	
2.8.2.5	Gesonderte Trichinenuntersuchung	
2.8.2.5.1	Trichinenuntersuchung auf besonderes Verlangen (mit gesondertem Verdauungsansatz außerhalb der regelmäßigen Schlachtzeiten)	42,40
2.8.2.5.2	Trichinenuntersuchung bei erlegten Wildschweinen	8,35
2.8.2.5.3	Ermäßigte Gebühr ab vier gemeinsam untersuchten Wildschweinen (je Tier)	5,95
2.8.2.5.4	Probenahme bei Wildschweinen, wenn diese nicht anlässlich der Fleischuntersuchung oder durch den amtlich dafür geschulten Jagdausübungsberechtigten erfolgt (zzgl. je Tier)	6,80
2.8.2.6	Fleischuntersuchung bei Haarwild (ohne Trichinenuntersuchung) je Tier; zzgl. 0,30 € je km zurückgelegter Wegstrecke	10,95
2.8.2.7	Erhöhungsbetrag für Rechnungsstellung bei lfd. Nr. 2.8.2.5.2 bis 2.8.2.6 (pro Rechnung)	6,75
2.8.2.8	Veterinärrechtliche Kontrollen und Überwachungstätigkeiten nach Art. 79 Abs. 2 c VO (EU) 2017/625 je angefangene Viertelstunde pro Person einschließlich Hin- und Rückfahrt	38,46
2.8.2.9	Sonstige Leistungen	
2.8.2.9.1	Amtliche Bescheinigungen für Tätigkeiten außerhalb der Gebührentatbestände unter 2.8.2.1 (insbes. Viehhändler) je Bescheinigung	10,35
2.8.2.9.2	Überwachung von Fleischsendungen aus anderen Mitgliedstaaten oder anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum je angefangene Viertelstunde	38,46
2.8.2.10	Sonstige gesetzliche oder von der zuständigen Behörde angeordnete Untersuchungen und Kontrollen je angefangene Viertelstunde	38,46
2.8.2.11	Verwaltungsrechtliche Maßnahmen wie Anordnungen und Auflagen	150,00 bis 2.730,00
2.8.3	Tierschutz	
2.8.3.1	Erteilung, Erweiterung, Änderung, Versagung oder Widerruf einer Erlaubnis	125,00 bis 1.390,00
2.8.3.2	Verwaltungsrechtliche Maßnahmen wie tierschutzrechtliche Anordnungen und Belehrungen	125,00 bis 1.390,00
2.8.3.3	Genehmigung und Zulassungen nach Tierschutzrecht, je angefangene Viertelstunde	32,41
2.8.3.4	Einfuhrgenehmigung von Versuchstieren	86,00 bis 320,00

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
2.8.3.5	Tierschutzrechtliche Kontrollen und Überwachungstätigkeiten einschließlich Hin- und Rückfahrt gem. Art 79 Abs. 2 c VO (EU) 2017/625 (Nachkontrollen, Anlasskontrollen und Kontrollen mit Verstößen) je Viertelstunde	32,41
2.8.4	Tiergesundheit	
2.8.4.1	Verwaltungsrechtliche Maßnahmen im Bereich Tiergesundheit	76,00 bis 2.265,00
2.8.4.2	Genehmigungen, Zulassungen und Registrierungen, je angefangene Viertelstunde	38,46
2.8.4.3	Tierseuchenrechtliche Kontrollen und Überwachungstätigkeiten gem. Art 79 Abs. 2 c VO (EU) 2017/625 (Nachkontrollen, Anlasskontrollen und Kontrollen mit Verstößen)	89,00 bis 820,00
2.8.4.4	Ausstellung von Veterinärzeugnissen und Bescheinigungen für Heimtiere im Reiseverkehr	46,00 bis 190,00
2.8.4.5	Ausstellung von Veterinärzeugnissen und Bescheinigungen bei Ausfuhr und Verbringen von Zucht-, Nutz- und Versuchstieren je angefangene Viertelstunde einschließlich Hin- und Rückfahrt	38,46
2.8.5	Veterinärrechtliche Bescheinigungen und Beglaubigungen einfacher Art, die nicht die Fleischhygiene betreffen	19,00 bis 38,00
2.8.6	Für gebührenpflichtige Leistungen, die in den Ziffern 2.8.1 bis 2.8.5 nicht vorgesehen sind, werden Gebühren nach den Sätzen für vergleichbare Leistungen berechnet.	
2.9	Polizeirecht	
2.9.1	Ausnahmen nach § 15 der Polizeiverordnung zur Sicherung der öffentlichen Ordnung und gegen umweltschädliches Verhalten in der Stadt Freiburg i. Br.	82,00
2.9.2	Erteilung von Wohnungsverweisen, Rückkehr- und Annäherungsverboten und Aufenthaltsverboten	185,00 bis 1.295,00
2.9.3	Verfügungen zur Herstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	245,00 bis 680,00
2.9.4	Prüfung von polizeirechtlich relevanten Veranstaltungen außerhalb der antragsgebundenen Fälle der Koordination und Genehmigung von Veranstaltungen nach Ziffer 2.4	72,00 bis 3.710,00
2.10	Sonn- und Feiertagsgesetz	
	Erteilung von Befreiungen von Arbeits- und Veranstaltungsverboten gem. § 12 Sonn- und FeiertagsG	165,00 bis 465,00
2.11	Sprengstoffrecht	
2.11.1	Erlaubnis nach § 7 SprengG	

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
2.11.1.1	Erteilung oder wesentliche Änderung einer Erlaubnis	95,00 bis 3.820,00
2.11.1.2	Erstellung jeder weiteren Ausfertigung	31,00
2.11.2	Befähigungsschein nach § 20 Abs. 1 SprengG	
2.11.2.1	Ausstellung oder wesentliche Änderung eines Befähigungsscheins	95,00 bis 555,00
2.11.2.2	Verlängerung der Geltungsdauer eines Befähigungsscheins	70,00 bis 380,00
2.11.3	Ausstellung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung nach § 21 Abs. 3 SprengG oder § 34 Abs. 2 1. SprengV	55,00 bis 285,00
2.11.4	Erlaubnis nach § 27 Abs. 1 SprengG	
2.11.4.1	Erteilung oder wesentliche Änderung der Erlaubnis	71,00 bis 380,00
2.11.4.2	Verlängerung der Geltungsdauer der Erlaubnis	71,00 bis 380,00
2.11.5	Ersatzausfertigung für in Verlust geratene Erlaubnisse und Befähigungsscheine sowie Genehmigungen nach § 17 SprengG	79,00 bis 235,00
2.11.6	Ausnahmen zum Erwerb von pyrotechnischen Gegenständen der Kategorie 2 nach § 24 Abs. 1 i.V.m. § 23 Abs. 2 1. SprengV	71,00 bis 380,00
2.11.7	Sonstige öffentliche Leistungen auf dem Gebiet des Sprengstoffrechts	47,00 bis 3.820,00
2.12	Titel, Orden und Ehrenzeichen	
	Genehmigung zum Erwerb (Sammeln von Orden und Ehrenzeichen) nach § 14 Abs. 2 des Gesetzes über Titel, Orden und Ehrenzeichen	155,00
2.13	Waffenrecht	
2.13.1	Ausnahmegenehmigung vom Mindestalter (§ 3 Abs. 3, § 27 Abs. 4 WaffG)	47,00 bis 95,00
2.13.2	Anordnung gegenüber Personen, die keine Erlaubnis für Waffenherstellung, -handel, Schießstätte benötigen (§ 9 Abs. 3 WaffG)	95,00 bis 460,00
2.13.3	Erlaubnis zum Schießen außerhalb von Schießstätten (§§ 10 Abs. 5, 16 Abs. 3 WaffG)	47,00 bis 365,00
2.13.4	Ausstellung Munitionserwerbsschein (§ 10 Abs. 3 S. 2 WaffG)	95,00
2.13.5	Waffenschein	
2.13.5.1	nach § 19 Abs. 2 WaffG für gefährdete Personen	365,00
2.13.5.2	nach § 28 Abs. 1 WaffG für Unternehmer	540,00
2.13.5.3	Eintragung einer Wachperson in den Waffenschein einer Bewachungsfirma (§ 28 Abs. 4 WaffG) oder Zustimmung nach § 28 Abs. 3 Satz 2	95,00
2.13.5.4	Verlängerung (§ 10 Abs. 4 S. 2, 2. Halbsatz, § 28 Abs. 1 WaffG, § 19 Abs. 2 WaffG)	270,00

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
2.13.5.5	Eintragung/Austragung von Waffen im Waffenschein, sonstige Änderungen (§ 10 Abs. 4, § 28 Abs. 1 WaffG)	95,00
2.13.5.6	Erteilung kleiner Waffenschein (§ 10 Abs. 4 S. 4 WaffG)	135,00
2.13.6	Erlaubnis zum Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder Munition für eine Person mit gewöhnlichem Aufenthalt in anderem EU-Staat (§ 11 Abs. 1 WaffG)	95,00
2.13.7	Erlaubnis zum Erwerb von Schusswaffen oder Munition in einem EU-Staat für Person mit gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland (§ 11 Abs. 2 WaffG)	47,00
2.13.8	Waffenbesitzkarte	
2.13.8.1	Erteilung (außer lfd.Nr. 2.13.9.1)	115,00
2.13.8.2	Erteilung einer weiteren Waffenbesitzkarte zeitgleich	47,00
2.13.8.3	Erteilung einer Waffenbesitzkarte für mehrere Personen (§ 10 Abs. 2 WaffG)	Gebühr für die jeweilige Waffenbesitzkarte + Zuschlag von 25% pro Person
2.13.8.4	Nachträgliche Eintragung einer Mitinhaberschaft oder weiterer Berechtigter (§ 10 Abs. 2 S. 1 WaffG)	Gebühr für die jeweilige Waffenbesitzkarte
2.13.8.5	Umschreibung Waffenbesitzkarte für Sportschützen (§ 14 Abs. 6 WaffG) oder einer Vereins-Waffenbesitzkarte nach Änderung der Aufsicht über Vereinswaffen (§ 10 Abs. 2 S. 4 WaffG)	95,00
2.13.8.6	Eintragung einer Waffe, eines Wechsellaufs o.ä., Änderung oder sonstige Eintragung in Waffenbesitzkarte, je Eintrag (§§ 10 Abs. 1 S. 1, 37a, 37g, 14 Abs. 6 WaffG bzw. Anl. 2 Abschnitt 2.1 oder 2.2)	39,00
2.13.8.7	Eintragung einer oder mehrerer ererbter Waffen (zeitgleich) in eine bereits ausgestellte Waffenbesitzkarte (§ 20 Abs. 1 WaffG)	55,00
2.13.8.8	Eintragung einer Erwerbsberechtigung (§§ 13 Abs. 2 Satz 2, 13 Abs. 3 S. 1, 14 Abs. 2 und 14 Abs. 5 WaffG)	115,00
2.13.8.9	Austrag einer Waffe oder zeitgleich mehrerer Waffen aus einer oder mehreren Waffenbesitzkarten, pro Waffenbesitzkarte (§ 37a, 37g WaffG)	39,00
2.13.8.10	Eintragung einer Munitionserwerbsberechtigung in eine Waffenbesitzkarte (§ 10 Abs. 3 S. 1 WaffG)	55,00
2.13.8.11	Eintragung eines oder zeitgleich mehrerer Blockiersysteme (§ 20 Abs. 3, § 37 Abs. 1 WaffG)	39,00

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
2.13.8.12	Ausnahme Einbau Blockiersystem für Waffen (§ 20 Abs. 6 WaffG)	55,00
2.13.9	Waffenbesitzkarte für Waffen- und Munitions-sammler und Sachverständige (§§ 17 Abs. 2, 18 Abs. 2 WaffG)	
2.13.9.1	Erteilung	285,00 bis 890,00
2.13.9.2	Umschreibung wegen Änderung des Sammelthe-mas	270,00
2.13.10	Waffenhandel, Waffenherstellung	
2.13.10.1	Erlaubnis zur Herstellung, Bearbeitung oder In-standsetzung von Schusswaffen oder Munition (§ 21 Abs. 1 WaffG)	475,00 bis 3.180,00
2.13.10.2	Erlaubnis zum Handel mit Schusswaffen oder Mu-nition (§ 21 Abs. 1 WaffG)	475,00 bis 3.180,00
2.13.10.3	Stellvertretererlaubnis für Waffengewerbe (§ 21a WaffG)	115,00 bis 795,00
2.13.10.4	Bewilligung von Änderungen und Fristverlänge-rungen (§ 21 Abs. 5 WaffG)	115,00 bis 795,00
2.13.10.5	Erlaubnis zum nicht gewerbsmäßigen Herstellen, Bearbeiten oder Instandsetzen von Schusswaffen (§ 26 Abs. 1 WaffG)	140,00 bis 1.080,00
2.13.10.6	Überprüfung Waffenhandelsbücher (§ 60a WaffG)	95,00 bis 905,00
2.13.11	Anordnung der Kennzeichenanbringung auf Schusswaffe (§ 25a WaffG)	95,00 bis 460,00
2.13.12	Schießstätten	
2.13.12.1	Erlaubnis zum Betrieb/Änderung einer Schieß-stätte einschl. Abnahmeprüfung (§ 27 Abs. 1, § 27a Abs. 1 WaffG)	190,00 bis 2.160,00
2.13.12.2	Regel- und Sonderprüfungen von Schießstätten (§ 27a WaffG)	95,00 bis 905,00 zzgl. Auslagen für Aufwendungen von Sachverständigen
2.13.12.3	Ausnahmen von Beschränkungen für Schießübun-gen auf Schießstätten (§ 9 Abs. 2 AWaffV)	95,00 bis 460,00
2.13.12.4	Untersagung der Ausübung der Aufsicht beim Schießen (§ 10 Abs. 4 AWaffV)	190,00 bis 905,00
2.13.13	Zulassung von Ausnahmen bei der Aufbewahrung von Waffen (§ 13 Abs. 4 und 5 AWaffV)	47,00 bis 460,00
2.13.14	Erlaubnis/Zustimmung zum Verbringen oder zur Mitnahme von Waffen (§§ 29, 32 WaffG)	47,00
2.13.15	Erlaubnis zum Verbringen von erlaubnispflichtigen Waffen/Munition durch einen Waffenhersteller o-der -händler zu einem Waffenhersteller/-händler eines anderen EU-Staates oder Drittstaates (§ 30 WaffG)	125,00
2.13.16	Europäischer Waffenpass (EFP, § 32 Abs. 6 WaffG)	

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
2.13.16.1	Ausstellung	95,00
2.13.16.2	Verlängerung der Geltungsdauer	39,00
2.13.16.3	Verlängerung der Geltungsdauer der Einzelgenehmigung im Feld 4 des EFP	39,00
2.13.16.4	Eintrag/Austrag einer oder mehrerer Waffen zeitgleich aus einem bzw. in einen EFP	27,00
2.13.16.5	Änderung einer sonstigen Eintragung im EFP	27,00
2.13.17	Erteilung sonstiger waffenrechtlicher Erlaubnisse oder Anordnungen oder Anzeigebescheinigungen (z.B. §§ 9 Abs. 1 und 2, 12 Abs. 5, 16 Abs. 2, 35 Abs. 3, 36 Abs. 6, 37 c, 37 h, 39 Abs. 3, 42 Abs. 2 WaffG, §§ 23 Abs. 2, 25 Abs. 1 S. 1 AWaffV)	39,00 bis 905,00
2.13.18	Ausstellung einer Ersatzausfertigung für eine in Verlust geratene waffenrechtliche Erlaubnis, Anzeigenbescheinigung etc.	Gebühr in Höhe der Gebühr für die jeweilige waffenrechtliche Erlaubnis
2.13.19	Versagung waffenrechtlicher Erlaubnisse wegen fehlender Voraussetzungen (§ 4 WaffG)	190,00 bis 905,00
2.13.20	Ablehnung einer Anzeigebescheinigung (§ 37 h Abs. 1 WaffG)	47,00
2.13.21	Rücknahme, Widerruf waffenrechtlicher Erlaubnisse (§ 45 WaffG)	190,00 bis 905,00
2.13.22	Festsetzung eines unbefristeten Waffenbesitzverbotes (§ 41 Abs. 1 und 2 WaffG)	180,00 bis 540,00
2.13.23	Anordnung zur Unbrauchbarmachung, Abgabe oder Sicherstellung eines oder mehrerer Gegenstände nach Widerruf, Rücknahme von Erlaubnissen, Waffenbesitzverbot (§ 46 WaffG) oder verbotener Gegenstände (§ 40 Abs. 5 WaffG) oder zur Einziehung (§ 46 Abs. 5 WaffG)	95,00 bis 460,00
2.13.24	Anerkennung eines Lehrgangsanbieters, Anerkennung von Lehrgängen (§ 3 Abs. 2 und 3 AWaffV)	380,00 bis 1.335,00
2.13.25	Waffenrechtliche Unbedenklichkeitsbescheinigung (§ 4 WaffG)	63,00
2.13.26	Vor-Ort-Kontrolle nach § 36 Abs. 3 WaffG	
2.13.26.1	Überprüfung der sicheren Aufbewahrung von Schusswaffen und Munition	61,00 bis 660,00
2.13.26.2	Nachkontrolle nach vorhergehender Beanstandung	61,00 bis 465,00
2.13.26.3	Erfolgloser Kontrollversuch trotz Terminvereinbarung	87,00
2.13.26.4	Erfolgloser Kontrollversuch bei Verweigerung der unangemeldeten Kontrolle	87,00
2.14	Prostituiertenschutzgesetz	
2.14.1	Erlaubnis für ein Prostitutionsgewerbe (§ 12 Prostituiertenschutzgesetz)	775,00 bis 5.180,00

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
2.14.2	Stellvertretererlaubnis (§ 13 Prostituiertenschutzgesetz)	255,00 bis 1.550,00
2.14.3	Regelüberprüfung der Zuverlässigkeit im Prostitutionsgewerbe (§ 15. Abs. 3 Prostituiertenschutzgesetz)	100,00 bis 515,00
3.	Amt für Schule und Bildung	
3.1	Ausdrucken von im PC gespeicherten Zeugnissen oder Kopieren der Originalzeugnisse über das schuleigene Kopiergerät	5,50
3.2	Ersatzausstellung für einen Schüler*innenausweis	6,30
3.3	Bearbeitungsgebühr bei vorzeitigem Austritt aus den öffentlichen Fachschulen der Stadt Freiburg i.Br.	55,70
4.	Baurechtsamt	
4.1	Allgemeines	
4.1.1	Berechnung der Gebühren	
4.1.1.1	Ist im Zusammenhang mit einer baurechtlichen Entscheidung auch eine weitere Entscheidung zu treffen, z.B. nach <ul style="list-style-type: none"> - Wasserrecht - Straßenrecht - Naturschutzrecht - Denkmalschutz - Sanierungssatzung - Betriebssicherheitsverordnung - Milieuschutz so sind die dafür entstehenden Kosten mit zu erheben.	
4.1.1.2	Soweit die Gebühren nach den Baukosten berechnet werden (lfd. Nrn. 4.4.1, 4.4.2, 4.4.6, 4.5.1, 4.9.1) ist von den Kosten nach DIN 276 Teil 4 Kostengliederung Nrn. 300 – 469 (Ausgabe Dezember 2008) auszugehen, die am Ort der Bauausführung im Zeitpunkt der Erteilung der Genehmigung zur Erstellung des Vorhabens erforderlich sind, einschließlich des Wertes etwaiger Eigenleistungen (Material- und Arbeitsleistungen). Die Baukosten sind auf 1.000 Euro aufzurunden. Zu den Baukosten gehört die auf diese Kosten entfallende Umsatzsteuer.	
4.1.2	Gebührenerhöhung	

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
4.1.2.1	Bei der Prüfung von Bauvorlagen einschließlich der erforderlichen örtlichen Überprüfungen für ohne Baugenehmigung ausgeführte genehmigungs- oder zustimmungsbedürftige bauliche Anlagen, fällt bei nachträglicher Genehmigung oder bei nachträglicher Erteilung einer erforderlichen Befreiung, Ausnahme oder Abweichung in einem selbstständigen Verfahren das Dreifache der Gebühr nach Ziff. 4.4, 4.7.1 und 4.8 an.	
4.1.2.2	Bei der Prüfung von Bauvorlagen einschließlich der erforderlichen örtlichen Überprüfungen für ohne Baugenehmigung ausgeführte Nutzungsänderungen fällt bei nachträglicher Genehmigung maximal das Zweifache der Gebühr nach Ziff. 3.4.3 an.	
4.2	Erteilung einer Abgeschlossenheitsbescheinigung (§ 7 Abs. 4 Nr. 2 und § 32 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 WEG)	
4.2.1	für 5 Sonder- bzw. Teileigentumseinheiten	210,04
4.2.2	für jeweils bis zu 5 weiteren Teileigentumseinheiten	26,26
4.2.3	bei Nachträgen für je 2 geänderte Sonder- bzw. Teileigentumseinheiten	105,02
4.2.4	Mit jeder Bescheinigung nach den Ziffern 4.2.1 – 4.2.3 sind 5 Ausfertigungen abgegolten, für jede weitere Mehrfertigung	26,26
4.3	Kenntnisgabeverfahren (§ 51 LBO) und Teilung von Grundstücken (§ 8 LBO)	
4.3.1	Kenntnisgabeverfahren (§ 51 LBO)	420,08
4.3.2	Teilung von Grundstücken (§ 8 LBO)	157,53
4.4	Baugenehmigung (§ 58 LBO), Genehmigung nach dem vereinfachten Verfahren (§ 52 LBO) und Zustimmung (§ 70 LBO)	
4.4.1	Genehmigung von Anlagen und Einrichtungen (§ 49 Abs. 1 LBO), wenn der Gebührenberechnung Baukosten zugrunde gelegt werden können	7,0 v. T. der Baukosten, mindestens 525,10 Euro
4.4.2	Genehmigung nach dem vereinfachten Verfahren (§ 52 LBO)	5,0 v. T. der Baukosten, mindestens 420,08 Euro
4.4.3	Genehmigung, wenn der Gebührenberechnung Baukosten nicht zugrunde gelegt werden können	525,10 bis 8.401,60
4.4.4	Genehmigungsfiktion nach § 54 Abs. 5 LBO	4,0 v. T. der Baukosten, mindestens 315,06
4.4.5	Verlängerung der Geltungsdauer einer Baugenehmigung (pro Genehmigung)	315,06 bis 4.200,80

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
4.4.6	Genehmigung einer Werbeanlage (z.B. Schild, Transparent, Schriftzug (Einzelbuchstaben), Fahne und dgl.)	52,51 bis 1.575,30
4.4.7	Erteilung einer Zustimmung nach § 70 Abs. 1 LBO	5,0 v. T. der Baukosten, mindestens 420,08 Euro
4.4.8	Rücknahme eines unvollständigen Antrags oder Zurückweisung wegen Unvollständigkeit	315,06
4.5	Erteilung eines Bauvorbescheids § 57 LBO	
4.5.1	wenn der Gebührenberechnung Baukosten zugrunde gelegt werden können	4,0 v. T. der Baukosten, mindestens 420,04 Euro
4.5.2	wenn der Gebührenberechnung Baukosten nicht zugrunde gelegt werden können	420,08 bis 8.401,60
4.5.3	"unechter Bauvorbescheid" bei verfahrensfreien Vorhaben (§ 50 Abs. 5 Satz 2 LBO)	315,06 bis 8.401,60
4.5.4	Verlängerung der Geltungsdauer eines Bauvorbescheids (pro Bescheid)	315,06 bis 4.200,80
4.5.5	Rücknahme eines unvollständigen Antrags oder Zurückweisung wegen Unvollständigkeit	315,06
4.6	Bearbeitung einer Baulasterklärung (§ 71 LBO)	262,55 bis 1.575,30
4.7	Abweichung, Ausnahmen und Befreiungen von baurechtlichen Vorschriften und Festsetzungen eines Bebauungsplans	
4.7.1	Bearbeitung eines eigenständigen Verfahrens bei ansonsten verfahrensfreien Vorhaben	315,06
4.7.2	Je Abweichung / Ausnahme / Befreiung	105,02 bis 6.000,00
4.8	Anordnungen im Rahmen des Bauordnungsrechts	420,08 bis 8.401,60
4.9	Bauüberwachung, Bauabnahmen und sonstige Baukontrollen, Gebrauchsabnahmen fliegender Bauten	
4.9.1	Für die Bauüberwachung (§ 66 LBO) und bis zu zwei Abnahmen (§ 67 LBO)	0,8 v.T. der Baukosten, mindestens 420,08 Euro
4.9.2	Für jede weitere Bauabnahme, sonstige Bauüberwachung, Gebrauchsabnahme fliegender Bauten außerhalb von Genehmigungsverfahren	105,02 bis 7.876,50
4.10	Brandverhütungsschau vor Ort einschließlich Vor- und Nachbereitung; Nachschau und weitere Verfahrensschritte	315,06 bis 4.200,80
4.11	Schornsteinfegerwesen	
4.11.1	Bestellung als bevollmächtigter Bezirkschornsteinfeger nach § 10 SchfHwG	735,14
4.11.2	Wiederbestellung als bevollmächtigter Bezirkschornsteinfeger nach § 10 SchfHwG	315,06

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
4.11.3	Aufhebung der Bestellung nach § 12 SchfHwG	315,06
4.11.4	Einziehung der Gebühr nach § 20 Abs. 1 SchfHwG	262,55
4.11.5	Zweitbescheid nach § 25 Abs. 2 SchfHwG	315,06
4.11.6	Mängelbeseitigung nach § 5 SchfHwG i. V. m. § 47 LBO	315,06 bis 1.050,20
4.12	Denkmalschutz	
4.12.1	Erteilung einer Bescheinigung nach §§ 7 i, 10 f, 10 g, 11 b Einkommensteuergesetz zur Inanspruchnahme einer Steuerbegünstigung zu Herstellungs- und Anschaffungskosten sowie zur Absetzung von Erhaltungsaufwand bei Baudenkmalen	
	bei bescheinigten Aufwendungen	
4.12.1.1	bis 2.500 Euro	120,00
4.12.1.2	bis 25.000 Euro	240,00
4.12.1.3	bis 50.000 Euro	360,00
4.12.1.4	bis 250.000 Euro	480,00
4.12.1.5	bis 500.000 Euro	960,00
4.12.1.6	je weitere 500.000 Euro	240,00
4.12.2	Denkmalschutzrechtliche Entscheidung (§ 7 DSchG)	157,50 bis 4.200,00
4.12.3	Rücknahme eines unvollständigen Antrags oder Zurückweisung wegen Unvollständigkeit	78,75
4.12.4	Denkmalrechtliche Genehmigung von Balkonsolaranlagen pro Balkonsolaranlage	50,00
5.	Forstamt	
5.1	Forstverwaltung - Landeswaldgesetz	
5.1.1	Genehmigung zur Beseitigung eines Baumbestandes für betriebliche Einrichtungen (§ 9 Abs. 7 LWaldG)	82,00 bis 218,00
5.1.2	Genehmigung von Kahlhieben > 1 ha (§ 15 Abs. 3 LWaldG)	109,00 bis 437,00
5.1.3	Genehmigung der Nutzung hiebsunreifer Bestände (§ 16 Abs. 1 und 3 LWaldG)	109,00 bis 437,00
5.1.4	Verlängerung der Wiederaufforstungsfrist (§ 17 Abs. 1 und 3 LWaldG)	54,00 bis 437,00
5.1.5	Genehmigung zur Teilung von Waldgrundstücken (§ 24 Abs. 1 LWaldG)	82,00 bis 437,00
5.1.6	Bescheinigung über die Nichtausübung des Vorkaufsrechts (Negativattest) gem. § 25 LWaldG)	82,00 bis 437,00
5.1.7	Verpflichtung zur Duldung der Anlage eines Weges (§ 28 Abs. 1 LWaldG)	82,00 bis 656,00

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
5.1.8	Genehmigung zur Errichtung oder Erweiterung eines Geheges im Wald (§ 34 Abs. 1 LWaldG)	82,00 bis 1.531,00
5.1.9	Genehmigung organisierter Veranstaltungen (§ 37 Abs. 2 LWaldG)	27,00 bis 1.093,00
5.1.10	Genehmigung zur Kennzeichnung neuer Wanderwege (§ 37 Abs. 5 LWaldG)	82,00 bis 437,00
5.1.11	Anordnung der Beseitigung eines Zaunes (§ 37 Abs. 7 LWaldG)	54,00 bis 546,00
5.1.12	Genehmigung der Sperrung von Wald (§ 38 Abs. 1 und 2 LWaldG)	54,00 bis 546,00
5.1.13	Genehmigung organisierter Veranstaltungen zum Sammeln der in § 40 LWaldG genannten Walderzeugnisse	54,00 bis 437,00
5.1.14	Genehmigung zum Anzünden von Feuer, zur Verwendung von offenem Licht, zum flächenweisen Abbrennen von Bodendecken, Pflanzen oder Pflanzenresten, für Anlagen, die mit der Errichtung oder dem Betrieb einer Feuerstätte verbunden sind, im Abstand von weniger als 100 m vom Wald (§ 41 Abs. 1 LWaldG)	54,00 bis 437,00
5.1.15	Forstaufsichtliche Anordnungen (§ 68 Abs. 1 LWaldG)	54,00 bis 874,00
5.1.16	Verpflichtung von Privatforstbediensteten als Forstschutzbeauftragte (§ 80 Abs. 1 und 2 LWaldG)	27,00 bis 437,00
5.1.17	Sonstige Aufgaben der unteren Forstbehörde je Stunde	27,00 bis 1.093,00
5.2	Kreisjagdamt	
5.2.1	Jagdscheine	
5.2.1.1	Einjahresjagdschein	70,00 zzgl. Jagdabgabe
5.2.1.2	Dreijahresjagdschein	140,00 zzgl. Jagdabgabe
5.2.1.3	Tagesjagdschein	41,00 zzgl. Jagdabgabe
5.2.1.4	Jugendjagdschein	41,00 zzgl. Jagdabgabe
5.2.1.5	Zweitfertigung Jagdschein	41,00
	Anmerkung zu Lfd.Nrn. 5.2.1.1 und 5.2.1.2: Die Gebühr für den Jahresjagdschein und den Dreijahresjagdschein ist unabhängig vom Zeitpunkt der Ausstellung in voller Höhe zu entrichten.	
5.2.1.6	Von der Entrichtung der Jagdscheingebühr sind befreit:	

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
5.2.1.6.1	Kommunale und staatliche Forstbedienstete, soweit Jagd zu den Dienstaufgaben zählt und Personen, die sich in einer forstlichen Ausbildung befinden (Bescheinigung des Dienstherrn ist erforderlich)	gebührenfrei
5.2.1.6.2	Privatforstbeamte und forstliche Angestellte, die jagdliche Aufgabe erfüllen	gebührenfrei
5.2.1.6.3	Wildtierschützer nach § 48 JWMG, die ihre Tätigkeit hauptberuflich ausüben und ihren Lebensunterhalt für sich und ihre Angehörigen überwiegend aus den Einkünften dieser Tätigkeit bestreiten, und Personen, die sich in der für Berufsjäger vorgeschriebenen Berufsausbildung befinden.	gebührenfrei
5.2.1.7	Versagung eines Jagdscheins (§ 17 BJagdG)	54,00 bis 437,00
5.2.1.8	Einziehung eines Jagdscheins (§ 18 BJagdG)	54,00 bis 874,00
5.2.2	Jagd	
5.2.2.1	Fallensachkundennachweis (§ 32 Abs. 4 JWMG, § 7 JWMG)	109,00
5.2.2.2	Genehmigung zur Jagdausübung im befriedeten Bezirk (§ 13 Abs. 4 JWMG)	54,00 bis 218,00
5.2.2.3	Anerkennung als Wildtierschützer*in (§ 48 Abs. 2 JWMG)	109,00
5.2.2.4	Sonstige Aufgaben der unteren Jagdbehörde	27,00 bis 1.093,00
6.	Kulturamt	
	Ausstellung einer Bescheinigung über die Befreiung von der Umsatzsteuer gem. § 4 Nr. 20 und Nr. 21 des Umsatzsteuergesetzes	70,00
7.	Standesamt	
7.1	Bestattungswesen	
7.1.1	Ausstellung einer Feuerbestattungserlaubnis (§ 35 Abs. 1 BestattG, § 16 BestattVO)	24,50
7.1.2	Ausstellung eines Leichenpasses (§ 44 BestattG, § 28 BestattVO)	33,00
7.1.3	Erlaubnis zur Urnenbeisetzung an anderen Orten (§ 33 Abs. 1, 3 BestattG, § 25 Abs. 2, 3 BestattVO)	82,50
7.1.4	Erlaubnis zur Ausgrabung von Leichen und Aschen z.B. für Umbettungen oder Tieferlegungen (§ 41 BestattG, § 35 BestattVO)	
7.1.4.1	nach Ablauf der Ruhezeit (über 15 Jahre)	82,50
7.1.4.2	während der Ruhezeit (nach 5 Jahren, aber vor Ablauf von 15 Jahren)	157,00
7.1.4.3	während der Ruhezeit (vor Ablauf von 5 Jahren)	281,00
7.1.5	Erlaubnis zur Aufbahrung von Leichen (§ 13 Abs. 2 BestattVO)	82,50

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
7.2	Namensänderung	
7.2.1	Änderung eines Familiennamens	235,00 bis 1.593,00
7.2.2	Änderung eines Vornamens	198,00 bis 996,00
7.2.3	Nachträglich ausgefertigte Abschrift einer Namensänderungsurkunde	24,50
7.3	Personenstandsangelegenheiten: In Personenstandsangelegenheiten werden ansonsten Gebühren nach der Verordnung des Innenministeriums zur Durchführung des Personenstandsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung erhoben.	
8.	Standesamt Freiburg-Ebnet	
	Trauung Schloss Ebnet: Gartensaal, Fläche vor Freitreppe oder Steinkreis (zzgl. der Gebühren nach lfd.Nr. 7.3)	413,00 (incl. Miete für die Kapelle)
9.	Standesamt Freiburg-Hochdorf	
9.1	Trauung im Kastaniengarten (Grundbetrag) (zzgl. der Gebühren nach lfd.Nr. 7.3)	58,66
9.2	Aufbau Mikrofonanlage	13,04
9.3	Längere Verweildauer im Garten pro angefangene 10 Min.	13,04
10.	Standesamt Freiburg-Lehen	
	Trauung im Lehener Türmle (zzgl. der Gebühren nach lfd. Nr. 7.3)	238,00 (incl. Miete für das Türmle)
11.	Standesamt Freiburg-Munzingen	
	Trauung auf der Freifläche auf dem Wasserhochbehälter (zzgl. der Gebühren nach lfd. Nr. 7.3)	68,00
12.	Standesamt Freiburg-Opfingen	
	Trauung am Opfinger See (zzgl. der Gebühren nach lfd.Nr. 7.3)	220,00
13.	Standesamt Freiburg-Tiengen	
13.1	Trauung am Reutemattensee ohne Eigenleistung (zzgl. der Gebühren nach lfd.Nr. 7.3)	127,00
13.2	Trauung am Reutemattensee mit Eigenleistung (zzgl. der Gebühren nach lfd.Nr. 7.3)	37,00
13.3	Trauung im Tuniberghaus (zzgl. der Gebühren nach lfd.Nr. 7.3)	71,00
13.4	Trauung im Gewölbekeller der Kulturvogtei (zzgl. der Gebühren nach lfd.Nr. 7.3)	178,00
14.	Standesamt Freiburg-Waltershofen	

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
	Trauung auf dem ehemaligen Wasserreservoir (zzgl. der Gebühren nach lfd.Nr. 7.3)	70,00
15.	Umweltschutzamt	
15.1	Abfall- und Altlastenrecht	
15.1.1	Anordnung und sonstige Entscheidungen zur Durchführung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen in der jeweils geltenden Fassung	52,79 bis 6.334,20
15.1.2	Entscheidungen bei Anzeigen gemeinnütziger und gewerblicher Sammlungen nach § 18 KrWG	52,79 bis 686,21
15.1.3	Bestätigung einer Anzeige für Sammler, Beförderer, Händler und Makler von Abfällen nach § 53 KrWG	52,79 bis 686,21
15.1.4	Erteilung/Änderung einer Erlaubnis für das Sammeln, Befördern, Handeln und Makeln von gefährlichen Abfällen nach § 54 KrWG	79,18 bis 1.689,12
15.1.5	Anordnung zur Untersuchung von Altlasten / schädlichen Bodenveränderungen (SBV) (§ 9 Abs. 1 und Abs. 2 BBodSchG, § 1 Abs. 2, § 4 LBodSchAG)	158,36 bis 4.222,80
15.1.6	Anordnung zur Abwehr SBV und zur Sanierung von Altlasten / SBV (§ 10 Abs. 1 i. V. m. § 4 Abs. 3 BBodSchG, § 1 Abs. 2 LBodSchAG)	211,14 bis 6.334,20
15.1.7	Anordnung zur Überwachung von Altlasten / SBV (§§ 15, 16 BBodSchG, § 1 Abs. 2, § 4 LBodSchAG)	158,36 bis 4.222,80
15.1.8	Anordnung einer Sanierungsuntersuchung, eines Sanierungsplans (SP); Erlass einer Verbindlichkeitserklärung eines SP oder Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrags jeweils bei Altlast / SBV (§ 13 BBodSchG, § 1 Abs. 2, § 4 LBodSchAG)	686,21 bis 131.751,36
15.1.9	Sonstige Anordnungen (§ 10 BBodSchG auch i.V.m. nach BBodSchG erlassenen Rechtsvorschriften	105,57 bis 2.639,25
15.2	Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit	
15.2.1	Sozialer Arbeitsschutz	
15.2.1.1	Anordnungen, Genehmigungen, Ausnahmebewilligungen, Zulassungen oder Erlaubnisse nach dem Arbeitszeitgesetz (ArbZG), dem Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG) und der Kinderarbeitsschutzverordnung (KinArbSchV) sowie dem Fahrpersonalgesetz (FPersG)	105,57 bis 6.334,20
15.2.1.2	Ausnahmebewilligung nach § 13 Abs. 3 ArbZG	105,57 bis 3.378,24
15.2.1.3	Ausnahmebewilligung nach § 13 Abs. 4 und 5 ArbZG	105,57 bis 4.222,80

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
15.2.1.4	Ausnahmebewilligung nach § 15 Abs. 1 und 2 ArbZG	105,57 bis 1.689,12
15.2.1.5	Ausnahmebewilligungen nach § 6 i.V.m. § 54 JArbSchG	105,57 bis 1.689,12
15.2.2	Technischer Arbeitsschutz	
15.2.2.1	Anordnungen, Genehmigungen, Ausnahmebewilligungen, Zulassungen oder Erlaubnisse nach dem Arbeitsschutzgesetz (ArbschG), dem Geräte- und Produktsicherheitsgesetz (GPSG), dem Chemikaliengesetz (ChemG), dem Gefahrgutbeförderungsgesetz (GGBefG), dem Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) und dem Sprengstoffgesetz (SprenG) sowie nach den jeweils dazu erlassenen Verordnungen, sofern nicht gesondert geregelt	105,57 bis 9.501,30
15.2.2.2	Erlaubnis nach § 18 Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV)	
15.2.2.2.1	bei Errichtungskosten der Anlage bis 500.000 Euro	4 v.T. der Kosten, mind. 422,28 €
15.2.2.2.2	bei Errichtungskosten der Anlage bis 5.000.000 Euro	3 v.T. der Kosten, mind. 2.744,82 €
15.2.2.2.3	bei Errichtungskosten der Anlage über 5.000.000 Euro	20.058,30 € zzgl. 1 v.T. des die 5.000.000 € übersteigenden Betrages
	Anmerkungen zu lfd. Nr. 15.2.2.2:	
	1. Bei einer Berechnung der Kosten kommen nur diejenigen Teile der Anlage in Betracht, auf die sich die Erlaubnis erstreckt. Der Wert der Grundfläche sowie die Kosten von dazugehörigen Hochbauten werden nicht berücksichtigt.	
	2. Erstreckt sich das Verfahren zugleich auf andere behördliche Entscheidungen, so sind zusätzlich die hierfür vorgesehenen Gebühren zu erheben.	
	3. Werden für die Errichtung und den Betrieb je eine getrennte Erlaubnis erteilt, so sind anzusetzen <ul style="list-style-type: none"> - für die Erlaubnis zur Errichtung - für die Erlaubnis zum Betrieb 	75 v.H. der vorstehenden Beträge 50 v.H. der vorstehenden Beträge

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
	4. Bei Erlaubnissen mit besonders erhöhtem Bearbeitungsaufwand kann die Gebühr um bis zur Hälfte der errechneten Gebühr erhöht werden.	
15.3	Immissionsschutzrecht	
15.3.1	Genehmigung im förmlichen Verfahren nach § 4 Abs. 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) i. V. m. der 4. BImSchV	686,21 bis 66.509,10
15.3.2	Genehmigung im vereinfachten Verfahren nach § 4 Abs. 1, § 19 BImSchG i. V. m. der 4. BImSchV	131,96 bis 66.509,10
15.3.3	Änderungsgenehmigung nach § 16 BImSchG i. V. m. der 4. BImSchV	131,96 bis 66.509,10
15.3.4	Teilgenehmigung nach § 8 BImSchG	131,96 bis 66.509,10
15.3.5	Vorbescheid nach § 9 BImSchG	131,96 bis 66.509,10
15.3.6	Zulassung vorzeitigen Beginns nach § 8 a BImSchG	131,96 bis 39.588,75
15.3.7	Fristverlängerung nach § 18 Abs. 3 BImSchG	131,96 bis 39.588,75
15.3.8	Zusätzliches Verfahren nach § 6 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) oder § 7 UVPG (Vorprüfung des Einzelfalles)	79,18 bis 66.509,10
15.3.9	Genehmigung von Versuchsanlagen nach § 2 Abs. 3 Satz 1 der 4. BImSchV	131,96 bis 39.588,75
15.3.10	Bearbeitung einer Anzeige nach §§ 15, 67 BImSchG	131,96 bis 39.588,75
15.3.11	Nachträgliche Anordnung nach § 17 BImSchG	131,96 bis 39.588,75
15.3.12	Anordnung nach §§ 20, 21, 24 oder 25 BImSchG	79,18 bis 13.196,25
15.3.13	Messanordnung nach §§ 26, 28, 29 oder 29a BImSchG	79,18 bis 13.196,25
15.3.14	Überwachung nach § 52 BImSchG	79,18 bis 13.196,25
15.3.15	Anordnungen und sonstige Entscheidungen zur Durchführung des BImSchG und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften	52,79 bis 6.334,20
	Anmerkungen:	
	Die Kosten für die in den immissionsschutzrechtlichen Bestimmungen vorgeschriebenen Bekanntmachungen werden neben der Verwaltungsgebühr als Auslagen erhoben.	

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
	Erstreckt sich das Verfahren zugleich auf andere behördliche Entscheidungen (§ 13 BImSchG), so sind zusätzlich die hierfür vorgesehenen Gebühren zu erheben.	
15.4	Naturschutzrecht	
15.4.1	Zulassung von Eingriffen in Natur und Landschaft nach § 15 im Rahmen einer Gestattung nach § 17 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) (Stellungnahmen des Umweltschutzamtes für Entscheidungen anderer Behörden) sowie eigenständige Genehmigungen nach § 17 Abs. 3 BNatSchG	48,40 bis 5.808,00
15.4.2	Genehmigung von Veränderungen der Bodengestalt (u.a. Abbauvorhaben, Abgrabungen, Aufschüttungen, Auffüllen von Bodenvertiefungen) nach § 19 Abs. 1 Naturschutzgesetz (NatSchG) einschließlich deren Verlängerung nach § 19 Abs. 6 NatSchG	48,40 bis 13.552,00
15.4.3	Entscheidungen nach §§ 3 Abs. 2, 17 Abs. 8 und 9, 34 Abs. 3, 42 Abs. 2, 43 Abs. 3 BNatSchG und §§ 19 Abs. 5, 46 Abs. 5 NatSchG	96,80 bis 2.323,20
15.4.4	Untersagungen nach §§ 35 Abs. 4 und 44 Abs. 5 NatSchG	96,80 bis 2.323,20
15.4.5	Erteilung von Erlaubnissen und Befreiungen in Rechtsverordnungen nach §§ 23 – 29 BNatSchG	48,40 bis 2.323,20
15.4.6	Ausnahmen nach §§ 30 Abs. 3, 45 Abs. 7, 61 Abs. 3 BNatSchG und Befreiungen nach § 67 BNatSchG	48,40 bis 3.872,00
	Anmerkungen zu lfd. Nrn. 15.4.1 – 15.4.6:	
	Amtshandlungen, die im Zusammenhang mit der ehrenamtlichen Tätigkeit auf dem Gebiet des Naturschutzes erforderlich werden.	gebührenfrei
	Die Erteilung von Befreiungen, Erlaubnissen und Zulassung von Ausnahmen, soweit diese Forschungs- und Lehrzwecken dienen.	gebührenfrei
	Die Erteilung von Erlaubnissen, Ausnahmen oder Befreiungen an Land- und Forstwirte nach §§ 23 - 29 BNatSchG.	gebührenfrei
15.4.7	Genehmigungen nach § 39 Abs. 4 BNatSchG zum Sammeln für gewerbliche Zwecke	24,20 bis 774,40
15.4.8	Beschlagnahmen und Einziehungen nach § 47 BNatSchG	96,80 bis 2.323,20
15.4.9	Widerrufliche oder befristete Zulassung von Werbeanlagen, Himmelsstrahlern und Einrichtungen ähnlicher Wirkung sowie Ausnahmen zur Fassadenbeleuchtung nach § 21 NatSchG	96,80 bis 2.323,20
15.4.10	Bescheinigungen zum Vorkaufsrecht nach § 66 BNatSchG i.V.m. § 53 NatSchG	48,40 bis 2.323,20

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
15.4.11	Zustimmung zur Aufnahme einer Ökokonto-Maßnahme in das Ökokonto-Verzeichnis; §§ 3, 4 ÖKVO	96,80 bis 3.872,00
15.4.12	Weitergabe von Unterlagen und Daten der Biotopkartierung (§ 30 BNatSchG) und sonstiger Kartierungen	8,07 bis 774,40
	<ul style="list-style-type: none"> Fotokopien, soweit sie nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 gebührenfrei sind <ul style="list-style-type: none"> von Schutzgebietskarten (NSG, LSG, NATURA 2000 etc.) von Verordnungstexten bzw. Gebietsinformationen von Auszügen aus dem Naturdenkmalsbuch.	
	Anmerkung zu lfd. Nr. 15.4.12: <ul style="list-style-type: none"> Es können nur bestimmte Formate angeboten werden; zusätzlicher Bearbeitungsaufwand wegen komplexer Datenselektion oder Zusatzanforderungen bei den Datenformaten wird nach Aufwand abgerechnet. 	
15.5	Wasserrecht	
15.5.1	Erlaubnis für die Benutzung eines Gewässers (§§ 8, 9, 13 Wasserhaushaltsgesetz (WHG), § 14 Wassergesetz (WG))	158,36 bis 8.445,60
15.5.2	Gehobene Erlaubnis für die Benutzung eines Gewässers (§§ 8, 9, 15 WHG, 14 WG)	844,56 bis 10.557,00
15.5.3	Bewilligung für die Benutzung eines Gewässers (§§ 8, 9, 15 WHG, § 14 WG)	950,13 bis 10.557,00
15.5.4	Genehmigung von Abwasseranlagen (§ 60 Abs. 3 WHG, § 48 WG)	158,36 bis 8.445,60
15.5.5	Erlaubnis für Anlagen in, an, über, unter oberirdischen Gewässern (§ 28 WG)	211,14 bis 4.222,80
15.5.6	Ausnahmegenehmigung für bauliche Anlagen im Überschwemmungsgebiet (§ 78 Abs. 5 WHG)	211,14 bis 6.334,20
15.5.7	Ausnahmegenehmigung von sonstigen Schutzvorschriften im Überschwemmungsgebiet (§ 78a Abs. 2 WHG)	211,14 bis 6.334,20
15.5.8	Festsetzung von Wasserschutz- und Quellschutzgebieten (§§ 51, 53 WHG)	1.055,70 bis 8.973,45
15.5.9	Befreiung von Verboten in Wasserschutz- und Quellschutzgebieten (§ 52 WHG i. V. m. der jeweiligen Schutzgebietsverordnung)	211,14 bis 6.334,20
15.5.10	Planfeststellung für Gewässer Ausbau, Deich- und Dammbauten (§ 67 Abs. 2, 68 Abs. 1 WHG)	844,56 bis 12.070,17
15.5.11	Plangenehmigung für Gewässer Ausbau, Deich- und Dammbauten (§§ 67 Abs. 2, 68 Abs. 2 WHG)	527,85 bis 12.070,17

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in €
15.5.12	Zulassung des vorzeitigen Beginns (§§ 17, 69 Abs. 2 WHG)	105,57 bis 3.167,10
15.5.13	Maßnahmen im Rahmen der Gewässeraufsicht mit/ohne Anordnungen (§ 100 Abs. 1 WHG)	105,57 bis 12.070,17
15.5.14	Maßnahmen im Zusammenhang mit alten Rechten bzw. alten Befugnissen (§§ 20 Abs. 2 WHG, 15 WG)	105,57 bis 2.639,25
15.5.15	Befreiung von Verboten innerhalb des Gewässerandstreifens (§ 38 Abs. 5 WHG, § 29 Abs. 4 WG)	105,57 bis 2.639,25
15.5.16	Anzeigebestätigungen gem. §§ 40, 41 AwSV	105,57 bis 2.639,25
	Anmerkung zu lfd. Nr. 15.5.6 und 15.5.15: Ist im Zusammenhang mit einer baurechtlichen Entscheidung auch eine wasserrechtliche Entscheidung zu treffen, wird die Gebühr vom Baurechtsamt erhoben.	
15.5.17	Wasserrechtliche Anzeigebestätigung gem. § 43 i. V. m. § 92 WG	105,57 bis 2.639,25
15.5.18	Bei der Prüfung von Anträgen einschl. der erforderlichen örtlichen Überprüfungen für ohne Erlaubnis/ Ausnahmegenehmigung ausgeführte Maßnahmen kann bei nachträglicher Zulassung das 3-fache der betreffenden Gebühr nach Ziff. 15.5.5 und 15.5.6 erhoben werden.	
15.6	Maßnahmen zur Abwehr umweltbedingter Gesundheitsgefahren mit/ohne Anordnung (§§ 1, 3 PolG)	105,57 bis 9.501,30"